

Soziales

Gegenwärtig betreibt die Stadt Mörfelden Walldorf eine Sozialpolitik nach dem Gießkannenprinzip. Verschiedenste Projekte aus unterschiedlichsten sozialen Bereichen werden aus dem Boden gestampft, überall wird ein wenig unterstützt und ein wenig aufgebaut, längerfristig haben diese Lösungen aber kaum eine Zukunft, da es entweder an der Finanzierung mangelt oder inhaltliche Probleme auftauchen. Die FDP fordert, dass soziale Projekte in unserer Stadt, nicht mehr nach dem Motto: "Schau mal, was wir alles machen" durchgeführt werden, sondern dass vorab die gesamte Maßnahme, einschließlich deren Finanzierung, feststeht und durchdacht ist. Nur dann machen diese Investitionen Sinn. Ein Kindergartenplatz für jedes Kind ab drei Jahren ist nicht nur ein gesetzlicher Anspruch, sondern umgesetzte Chancengleichheit für alle Familien und Alleinerziehenden. Es ist daher eine wesentliche Aufgabe der Stadt, dafür zu sorgen, dass mit den knappen Ressourcen das Beste erreicht werden kann. Die FDP hat sich aktiv für ein flexibles Betreuungssystem in den Kindertagesstätten eingesetzt, das den Eltern nunmehr ermöglicht, eine Betreuung den individuellen Bedürfnissen entsprechend zu wählen und auch nur die gewünschte Leistung zahlen zu müssen. Kinderbetreuung ist aber eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich Bund, Länder und Kommunen mit gleichen Teilen beteiligen müssten. Dem ist aber nicht so. Die Stadt Mörfelden-Walldorf wendet über ein Zehntel ihres Haushaltes für Kindertagesstätten auf. Dies entspricht ca. 70 % der Gesamtkosten der Kinderbetreuung. Deshalb sind die beschrittenen Wege, die räumlichen und zeitlichen Kapazitäten besser zu nutzen und private Initiativen zu fördern, weiter zu führen. Flexible Angebote zeigen, dass Mörfelden-Walldorf insbesondere für junge Familien attraktiv ist.

Völlig überrascht vom gestiegenen Bedarf an Krippen- und Kitaplätzen werden bestehende Kitas umfunktioni- niert und mit Kleinkindgruppen bestückt. Bauliche Maßnahmen stellen nur ein Flickwerk da, wie an der Dis- kussion zur Kita im Nordring klar zu erkennen war. Eine vorausschauende, ganzheitliche Planung ist nicht ersichtlich. Die zusätzliche Belastung der Erzieherinnen und Erzieher wird durch den nur halbherzig geänderten Personalschlüssel kaum abgefangen. Für die von Experten empfohlene Förderung im Vorschulalter bleibt immer weniger Zeit.

Kinder und junge Menschen brauchen Freiräume, in denen sie Selbstbestimmung und Mitverantwortung zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit einüben können. Die Vereine, auf deren vielfältiges Angebot die Kinder und Jugendlichen überwiegend zurückgreifen, erfüllen insoweit einen ganz wesentlichen gesellschaftlichen Auftrag. Aufgabe der Stadt ist es jedoch neben einer angemessenen Unterstützung der Vereine das Angebot bedarfsgerecht zu verbessern. Dazu gehört:

- die Eigeninitiativen von Jugendlichen aufzugreifen und ihre Selbstorganisation zu fördern
- Jugendliche in Form von konkreten Aktionen und Projekten, Schülerwahlen sowie Jugendparlamenten zu beteiligen und die Begleitung des Engagements durch intensive Öffentlichkeitsarbeit
- die Generationengerechtigkeit als Schutz vor Überforderungen der Jugend bei politischen Entscheidungen mit langfristigen Auswirkungen zu beachten
- die Jugend durch spezielle Jugendarbeit, Projekte der Sucht- und Gewaltprävention, soziale Betreuung und jugendspezifische kulturelle Aktivitäten besser zu unterstützen
- eine Unterstützung bei der Beschaffung von Gruppen- und Trainingsräumen zu ermöglichen.

Seit 2009 betreibt die Stadt ein Streetworkerprojekt für auffällig gewordene Jugendliche. Die Zeit des Kennenlernens und der Vertrauensbildung beginnt Früchte zu tragen, einige beginnen sich auf den Weg zurück in die Gesellschaft zu wagen. Die FDP unterstützt dieses Projekt. Gerade in diesem Bereich ist es auch erforderlich, eine nachhaltige Personalpolitik vorzusehen. Auch für das Thema „Zusammenwirken der Generationen“ sollte verstärkt aufgegriffen werden. Es gibt gute, bedarfsgerechte und kostengünstige Ansätze wie zum Beispiel „du kaufst für mich ein, dafür helfe ich dir beim Schreiben der Bewerbung“.

Verkehr

Die Stadt Mörfelden-Walldorf braucht ein nachhaltiges Verkehrskonzept, das vernünftig, ideologiefrei und insbesondere den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Deren Wünsche nach Mobilität müssen mit den Zielen von Stadtentwicklung, Verkehrssicherheit, Sicherung der wirtschaftlichen Grund- lagen der Geschäfte in den Ortsteilen und dem Umweltschutz in Übereinstimmung gebracht werden. Neben Auto und Bus sind Fahrradfahrer und Fußgänger gleichberechtigte Partner im Straßenverkehr. Für beide Verkehrsteilnehmer ist ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Hierzu gehören konfliktfreie Ampelschaltungen und sonstige Querungshilfen für Fußgänger, die so eingerichtet werden müssen, dass die zu querenden Straßen, insbesondere für kleine Kinder, stets gut einsehbar sind und nicht durch Gebüsche oder Hecken verdeckt werden.

Die Gehwege müssen ausreichend dimensioniert, gut befestigt und klar von der Fahrbahn abgegrenzt sein. Für die Radfahrer ist ein geschlossenes Wegenetz zu schaffen. Die Qualität der Radwege in Mörfelden- Walldorf ist weiter zu verbessern. Radwege mit holprigem Pflaster, Pollern, Schildern und sonstigen Hindernissen gefährden die Radfahrer und führen zu mangelnder Akzeptanz.

Darüber hinaus fordert die FDP:

- einen verstärkten und sichtbaren Einsatz des Magistrats zur Umsetzung der Südumgehung
- aktuell keinen weiteren Kreiselbau in unserer Stadt, da diese kostenintensiv und in keinem weiteren Kreuzungsbereich erforderlich sind
- Verbesserung der Ein- und Ausfahrtmöglichkeiten am Walldorf Karree
- zum Radfahrerschutz Einrichtung von Radwegen im gesamten Stadtgebiet, auch in 30 km/h-Zonen.
- Schaffung einer weiteren Ausfahrt im Gewerbegebiet Mörfelden-Ost zur Entlastung der Industriestraße
- zur weiteren Lärminderung soll der Einsatz neuwertiger S-Bahn-Wagen auf der Riedbahnstrecke bei dem RMV gefordert werden

Wirtschaft

Die kommunale Wirtschaftsförderung ist ein wichtiges Instrument, mit dem die Stadt die Fortentwicklung der Kommune steuern kann. Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung ist eine positive Imagebildung Mörfelden-Walldorfs, welche die Basis einer Grundkonzeption für die städtische Entwicklung ist. In den letzten Jahren sind durchaus Ansätze einer Intensivierung der Wirtschaftsförderung in Mörfelden- Walldorf erkennbar geworden. Dennoch sind wichtige Unternehmen aus unserer Stadt in Gewerbegebiete anderer Städte abgewandert. Dies hat neben dem Wegfall der Arbeitsplätze in unserer Stadt auch geringere Gewerbesteuererinnahmen zur Folge.

Bei der zukünftigen Gestaltung der kommunalen Wirtschaftsförderung streben die Liberalen an:

- Die Gewerbesteuer ist angesichts der auch in Mörfelden-Walldorf spürbar schwierigeren Situation zu überprüfen und ggf. zu senken und somit attraktiver für potentielle Unternehmen zu gestalten.
- Die gleichrangige Unterstützung von Gewerbebetreibenden - insbesondere Klein- und Mittelbetrieben – sowie von Existenzgründern ist durch die Wirtschaftsförderung zu intensivieren.
- Die Wirtschaftsförderung muss in der Verwaltung höher positioniert werden, indem der Stadtmarketingbeauftragte unmittelbar als Stabsstelle dem Bürgermeister zugeordnet wird.
- Neben der Neuansiedlung von Gewerbebetrieben sind auch die Entwicklungsmöglichkeiten lokaler Unternehmen durch vorausschauende Gestaltung bauplanungsrechtlicher Entwicklungen zu fördern.
- Die Wiederverwertung von Industriebrachen ist u.a. durch die Anpassung von Bebauungsplänen zu unterstützen. Flächenrecycling geht vor Neuausweisung.
- Die Ansiedlung eines Baumarktes ist zu prüfen
- Ein vielseitiges Angebot von Waren und Dienstleistungen muss sichergestellt werden
- Rahmenbedingungen bereitstellen, die es Unternehmen ermöglichen, ihren Fortbestand zu sichern

Mörfelden-Walldorf muss und kann die Vorteile der geographischen Lage in der Rhein-Main-Region nutzen. Die Nähe zu Frankfurt und dem Flughafen sowie die günstige Verkehrslage bieten hervorragende Möglichkeiten, Unternehmen anzusiedeln, die auf die Infrastruktur eines Wirtschaftszentrums angewiesen sind, ohne sich die hohen Kosten, wie zum Beispiel den Gewerbesteuerhebesatz der Großstadt, leisten zu können. Anhand dieser Gesichtspunkte sind in Mörfelden-Walldorf die bestehenden Gewerbebetriebe weiter zu entwickeln. Die Vermarktung der Gewerbeflächen hat durch ein aktives, nachhaltiges „Stadt- marketing“ zu erfolgen. Die Stadt soll im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten bei allen zu vergebenden Leistungen die heimische, mittelständische Wirtschaft und das heimische Handwerk bei der Durchführung öffentlicher Aufträge verstärkt berücksichtigen. Dies umfasst auch, dass die Arbeiten von lokalen Unter- nehmen und nicht von ortsfremden Werk- oder Fachunternehmern durchgeführt werden, wenn die Kosten sich gleichen.

Ihr FDP-Team 2011 - Ihre Zukunft. Ihre Wahl.

Wahlprogramm



FDP Mörfelden-Walldorf Kommunalwahl 2011

Vorwort

Mörfelden-Walldorf ist Bestandteil der Rhein-Main-Region, die zu den wirtschaftlich stärksten Regionen Deutschlands und Europas gehört. Mit der Ansiedlung der Banken in Frankfurt, dem Wachstum der Dienstleistungsindustrie und der Transport- und Logistikwirtschaft – nicht zuletzt durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens – sowie der verkehrstechnisch sehr günstigen Lage bieten sich vielseitige Chancen, welche die Stadt stärker als in der Vergangenheit nutzen muss. Wesensmerkmal liberaler Politik wird sein, dass die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich an der zukünftigen Gestaltung ihrer Stadt beteiligt werden. Deshalb strebt die FDP an, mit einer größeren Fraktion in die neue Stadtverordnetenversammlung einzuziehen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern aktiv Politik für Mörfelden-Walldorf zu gestalten. Die abgelaufene Legislaturperiode war geprägt von häufigen Blockaden der Koalition, insbesondere wenn es um die Schaffung von Transparenz ging.

Mörfelden-Walldorf ist die zweitgrößte Stadt im Kreis Groß-Gerau. Die kommunale Zusammenarbeit zwischen einzelnen Kommunen ist im Sinne eines effektiven Einsatzes von Steuergeldern und der Nutzung von Synergiepotentialen zu begrüßen. Die FDP fordert die Ausdehnung solcher Kooperations- modelle auf Gemeinden im Kreis und über die Kreisgrenzen hinaus. Als Folge der dramatischen Verschul- dung der öffentlichen Haushalte gewinnen die traditionellen Werte liberaler Politik, wie Eigenverantwortung und Gemeinsinn, wieder zunehmend an Bedeutung. Wir, die Freien Demokraten in Mörfelden-Walldorf, werben um Ihr Vertrauen für die Kandidatinnen und Kandidaten der Liberalen bei der Kommunalwahl 2011, um auch danach zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unsere Arbeit der letzten 5 Jahre fortsetzen zu können.

Wir haben in den vergangenen 5 Jahren einen wesentlichen Schwerpunkt in unserer politischen Arbeit darauf gelegt, den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung zu tragen und insbesondere die Themen anzusprechen, die andere Parteien vielleicht aufgrund der Angst, nicht wiedergewählt zu werden, verdrängen. So haben wir das Thema „Netto-Markt“ in Walldorf schon alleine deshalb problematisiert, weil keine sachgerechte Bedarfsermittlung der Stadt in dieser Sache durchgeführt wurde. Bei einem entsprech- enden Ergebnis hätte das Vorhaben auch unsere Unterstützung erfahren. Leider handelt es sich aber auch bei diesem Thema um einen Entscheidungsfindungsprozess von rot-grün, dem jegliche Transparenz fehlt.

Weiter haben wir das Thema „Anleinplicht für Hunde“ aufgegriffen, das in unserer Stadt viele Bürgerinnen und Bürger beschäftigt. Wir wurden aufgrund einer Vielzahl von Beschwerden über nicht angeleinte Hunde, insbesondere an den Gundwiesen, aufmerksam.

Auch das Thema Fahrradfahren auf den Friedhöfen wurde mit der Bitte um Herbeiführung einer Lösung an uns herangetragen. Leider hat der Magistrat mit rot-grüner Mehrheit die Auffassung vertreten, dass die Friedhofsordnung zwar das Fahrradfahren verbietet, aber die Einhaltung des Verbotes nicht gewährleistet werden kann. Im Februar 2011, knapp ein Jahr nach Ablehnung unseres Antrages durch die Koalition, sind Inhalte unserer Eingaben in die neue Friedhofsordnung eingeflossen, frei nach dem Motto „erst rigoros ablehnen, dann als eigenes Anliegen/Thema verwenden“.

Ein weiteres glänzendes Beispiel der rot-grünen „Basta-Politik“ ist die Errichtung der „Container-Kita am Nordring“. Diese erfolgte weitestgehend am Stadtparlament vorbei. Alternative Standorte wurden unserer Erkenntnis nach nicht ernsthaft geprüft und in Betracht gezogen. Die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wurden auch bei dieser Entscheidung nicht ausreichend berücksichtigt.